

Moscheh Bökle, Marion Demuth, Marie Harzenetter
Forum Weingarten e. V., Freiburg, Deutschland

Quartiersarbeit in Zeiten des Rechtsrucks

Dialog, Dilemma und demokratische Haltung im Freiburger Stadtteil Weingarten: Im Beitrag gehen Mitarbeitende der Quartiersarbeit in Freiburg-Weingarten der Frage nach, wie Quartiersarbeit in Zeiten des Rechtsrucks gefordert ist. Die Herausforderungen werden anhand ausgewählter Praxisbeispiele dargestellt und die Frage des professionellen Umgangs reflektiert. Dabei wird auch beleuchtet, welche demokratisierenden Impulse die Quartiersarbeit bereits umsetzt und auf welche Grenzen sie stößt.

Die Stadt Freiburg pflegt in ihrer Selbstdarstellung ein Image als sonnenreiche Stadt in Südbaden. Die kommunale Öffentlichkeitsarbeit hebt dabei „die Lage zwischen der Rheinebene und den Hängen des Schwarzwalds, eine lebendige Kulturlandschaft, die weltoffene Haltung einer bunten, zukunftsbewussten Universitätsstadt und natürlich die Lust am Genuss“¹ hervor. Aber auch die Stadt Freiburg umfasst Stadtteile, die u. a. eine geringe Übergangsquote ins Gymnasium und eine relativ höhere Armutsgefährdungsquote aufweisen, wie beispielsweise der Stadtteil Freiburg-Weingarten. Im Jahr 2024 lebten 11.765 Menschen in Freiburg-Weingarten. Davon weisen laut Freiburger Statistik-Portal 55,3 % der Menschen einen Zuwanderungshintergrund auf (Stadt Freiburg 2025a), 24 % der Weingärtner*innen leben in einer Familie mit Kindern unter 18 Jahren (Stadt Freiburg 2025b). Die Armutsgefährdungsquote liegt im Freiburger Stadtteil Weingarten bei 24,6 % (Stadt Freiburg 2025c).

Strukturelle Problematiken im Stadtteil

Der Stadtteil Freiburg-Weingarten wurde Ende der 1960er-Jahre als Satellitenstadtteil erbaut. Ein so geplanter Stadtteil ist geprägt von Verbindungen an die Kernstadt und wenig eigener Infrastruktur. Die günstige und schnelle Bauweise sollte den sozialen Wohnungsbau vorantreiben und schien vor allem eine Lösung für eine starke Zuwanderung von Migrant*innen/Gastarbeiter*innen zu sein. Auch bei Arbeiter*innen ohne Migrationshintergrund war der Stadtteil sehr beliebt, da die Ausstattung als modern galt. So gab es Fernwärme, Waschküchen und Müllschluckeranlagen. Ursprünglich geplant als ein Stadtteil, den eine Mischung von Einfamilienhäusern und Geschosswohnungen kennzeichnen sollte, wurde diese Mischung

aufgrund der starken Nachfrage zugunsten eines geförderten Mietwohnungsbaus aufgegeben. Dies führte zum Aufbau einer monostrukturellen Siedlung, die zum großen Teil aus Hochhäusern bestand (Stadt Freiburg 2023). Erst nach 40 Jahren, als an der Bausubstanz große Mängel festgestellt wurden, erkannte die Stadt Freiburg auch in den sozialen Strukturen und im öffentlichen Raum ein „erhebliches Ungleichgewicht“ (ebd.). Dieses erhebliche Ungleichgewicht, sichtbar am Fehlen von (sozialer) Infrastruktur, hat sich weit vor dieser Erkenntnis der Stadt Freiburg auf das Stadtteilimage und die Lebensführung der Anwohnenden ausgewirkt. Exemplarisch zu nennen sind hier gänzlich fehlende weiterführende Schulen, ein Mangel an Arztpraxen sowie konsumfreien Begegnungsorten. Viele Bewohner*innen beklagen gegenüber uns Quartiersarbeiter*innen zudem ein mangelndes Engagement der Stadtverwaltung gegen eine anhaltende Müll- und Rattenproblematik im Stadtteil.

Die von Häußermann (2003) beschriebenen benachteiligten Effekte marginalisierter Stadtteile zeigen sich dem entsprechend auch in Freiburg-Weingarten. So ist für viele Menschen das Leben im Stadtteil von dessen Stigmata-behafteten Image beeinflusst: Viele Weingärtner*innen berichten uns, dass sie aufgrund ihrer Adresse Diskriminierung bei der Jobsuche oder auf weiterführenden Schulen erfahren.

Positiv hervorzuheben sind in Zusammenhang mit diesem spezifischen sozialräumlichen Kontext von uns beobachtete Praktiken des lokalen Zusammenlebens, die auf diese Problemlagen reagieren. Beispielsweise nehmen wir in unserer Arbeit eine ausgesprochene Solidarität und ein stadtteilinternes Verantwortungsgefühl untereinander wahr, das in freiwilligen und ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten sichtbar wird. So beschreiben uns gegenüber viele Bewohner*innen, beispielsweise im Kontext der Mieter*innenmitbestimmungen (s. unten), dass sie bereits seit mehreren Jahrzehnten im Haus wohnen und insbesondere mit dem gegenseitigen Einspringen in Notfällen und dem freundschaftlichen Miteinander zufrieden sind. Das starke Engagement für das Quartier wurde nicht zuletzt im Einsatz vieler Bewohner*innen bezüglich der Müllproblematik sichtbar. So gründeten einige Weingärtner*innen eine Müll-Gruppe, die sich regelmäßig untereinander sowie auch mit zuständigen Ämtern und Vermietenden treffen, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Diese Gruppe etablierte zudem eine WhatsApp-Gruppe zum Austausch und zur Sammlung von Informationen über Müll-Notstände, die dann gesammelt bei den zuständigen Akteur*innen eingereicht werden. Die Verbundenheit und Solidarität im Quartier zeigt sich ebenso bei uns im Stadtteilbüro: zum Beispiel, wenn ehrenamtliche Weingärtner*innen innerhalb unserer Öffnungszeiten Unterstützung für ihre Nachbar*innen anbieten. Dieses Angebot erfreut sich hoher Beliebtheit bei unterschiedlichen Communitys. Je nach Expertise der Engagierten können Briefe übersetzt, Anliegen bearbeitet und Informationen vermittelt werden.

¹ www.visitfreiburg.de.

Zusammenfassung · Abstract

M. Bökle · M. Demuth · M. Harzenetter

Quartiersarbeit in Zeiten des Rechtsrucks

Zusammenfassung

Der Artikel beleuchtet, wie das Forum Weingarten e.V. im Freiburger Stadtteil Weingarten auf gesellschaftliche Polarisierung und rechte Einstellungen reagiert. Anhand von Beobachtungen zur Bundestagswahl 2025, konkreten Praxiserfahrungen und Reflexionen aus der Sozialen Arbeit wird aufgezeigt, wie Dialogräume geschaffen, Konflikte ausgetragen und demokratische Werte in der alltäglichen Quartiersarbeit verankert werden. Die Autor*innen beschreiben Strategien, mit denen sie Spannungen zwischen Offenheit, Haltung und Schutz vor Diskriminierung aushandeln und reflektieren dabei eigene Dilemmata

und Ambivalenzen. Im Zentrum steht die Überzeugung, dass Beziehung und Vertrauen die Grundlage für Dialog und Veränderung bilden. Der Beitrag versteht sich als Praxisreflexion, die die gesellschaftspolitische Relevanz von Quartiersarbeit in Zeiten des Rechtsrucks verdeutlicht. Dieser Beitrag ist Teil des Schwerpunktes „Soziale Arbeit mit rechtsaffinen Adressat*innen“ in Ausgabe 1/26.

Schlüsselwörter

Quartiersarbeit · Rechtsruck · Praxisreflexion

Neighbourhood Work in Times of a Shift to the Right

Abstract

The article highlights how Forum Weingarten e.V. in the Weingarten district of Freiburg is responding to social polarisation and right-wing attitudes. Based on observations of the 2025 federal election, concrete practical experiences and reflections from social work, it shows how spaces for dialogue are created, conflicts are resolved and democratic values are anchored in everyday neighbourhood work. The authors describe strategies they use to negotiate tensions between openness,

attitude and protection against discrimination, reflecting on their own dilemmas and ambivalences. At the heart of this is the conviction that relationships and trust form the basis for dialogue and change. The article is intended as a reflection on practice that highlights the socio-political relevance of neighbourhood work in times of a shift to the right.

Keywords

Neighbourhood work · Shift to the right · Reflection on practice

Quartiersarbeit: Das Forum Weingarten e.V.

Wir als hauptamtlich im Verein Forum Weingarten e.V. arbeitende und die Vereinsmitglieder, die sich mit dem Stadtteil Freiburg-Weingarten verbunden fühlen und teils selbst hier leben, verstehen uns als Grundstein für gelebte Beteiligung und Teilhabe. Der Verein entstand 1989 aus einer Mieter*inneninitiative, im Laufe der Jahre entwickelte er sich zum ersten Trägerverein für Quartiersarbeit in Freiburg, der aus städtischer Hand bezuschusst wurde und bis heute unterstützt wird.

In unserer Satzung formulieren wir den Anspruch, den Stadtteil aktiv mitzugestalten und uns kritisch mit stadtpolitischen Themen auseinanderzusetzen. Wir verfolgen das Ziel, stets gemeinsam – Mitarbeitende und freiwillig Engagierte –, Belange und Bedürfnisse des Stadtteils zu erarbeiten.

Im Mittelpunkt unseres Handelns steht das Engagement für Beteiligung in Weingarten. Ganz nach dem Motto „Wir in Weingarten“ ist unser Stadtteil- und Quartiersbüro bei Bewohner*innen als offene Erstanlaufstelle bekannt, die von Montag bis Samstag durch freiwillig Engagierte betreut wird.

Die niederschwellige Anlaufstelle erreicht nicht nur Mitglieder des Vereins, sondern auch andere Weingärtner*innen unterschiedlichen Alters, die vielfältige Ideen und Bedürfnisse artikulieren und einbringen. Stadtteil-Bewohner*innen wenden sich zudem besonders dann an die Quartiersarbeit, wenn es sich um Problematiken handelt, die mit dem Wohnraum und/oder Lebensraum in Verbindung stehen. Dies umfasst auch Anfragen zum Bearbeitungsstand von bereits eingebrachten Anliegen, um sich mit diesem Wissen dann selbst in laufende Prozesse einzubringen oder Prozesse anzustoßen. Unsere Besucher*innen-Statistik aus dem Monat Juni 2025 (vgl. **Abb. 1**) zeigt, dass das

Quartiersbüro ein gut frequentierter Anlauf, Austausch- und Treffpunkt ist.

Der alltägliche Betrieb wird in besonderer Weise durch das Engagement von Vereinsmitgliedern und/oder Ehrenamtlichen gewährleistet. Dies ist für uns auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil wir damit der Handlungsmaxime, Stadtteilbewohnende als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt anzuerkennen, folgen und die Möglichkeit bieten, dies aktiv im Alltag zu leben. Wir machen regelmäßig die Erfahrung, dass sich aus den Begegnungen der Anwohner*innen vor Ort Projekte oder Arbeitsgruppen entwickeln, die dann von uns Hauptamtlichen in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Vereinsmitgliedern unterstützt werden. Hierbei ist die Vielfalt der Projekte und Arbeiten, die auch der Verein widerspiegelt, hervorzuheben. Beispielhaft ist hier der Sprecherrat zu nennen, der seit vielen Jahren etabliert ist und in seiner Funktion als Sprachrohr der Mietenden der Freiburger Stadtbau auch von anderen Institutionen und Weingärtner*innen anerkannt wird. Vor allem durch Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Initiativen, die teilweise auch über Stadtteilgrenzen hinausreichen, wurden verschiedene Ideen umgesetzt: Besondere Formate wie Wohnverwandtschaften, Mieter*innenmitbestimmung oder ein Austauschprogramm über Landesgrenze hinweg sind dabei auch außerhalb Freiburgs bekannt und werden immer wieder von Fachgruppen angefragt und besucht. Bei der Wohnverwandtschaft und Mieter*innenmitbestimmung können Nachbar*innen mitentscheiden, wer in ihren Stock bzw. das Wohnhaus einzieht. Auf diese Weise soll die Nachbarschaft von Anfang an gestärkt werden. Über die Stadtteilpartnerschaft mit einem ähnlichen Stadtteil der französischen Stadt Straßburg wird eine Möglichkeit für Weingärtner*innen geboten,

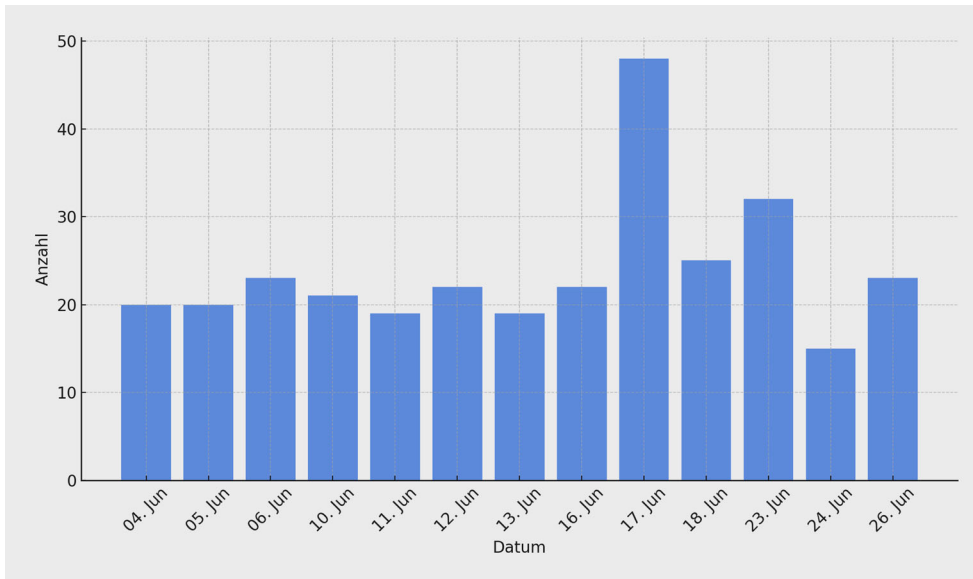


Abb. 1 Totale Anzahl der Besucher*innen pro Tag bei einer Öffnungszeit von zwei Stunden/Tag. (Eigene Grafik)

kulturelle Angebote wahrzunehmen, eine weitere Sprache zu erlernen und nationale Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten kennenzulernen.

Vom Vorstand, den hauptamtlichen Sozialarbeitenden und den Ehrenamtlichen wird in der Arbeit immer wieder neu der Fokus auf Beteiligung und Begegnung, positive Identifikation mit dem Stadtteil, ein positives Stadtteilimage und damit auf eine langfristige Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil gelegt. Dies wird mit Angeboten wie der vor einigen Jahren stattgefundenen Podiumsdiskussion mit dem Titel „Ghetto Weingarten?“ realisiert, die großen Anklang fand und zur Folge hatte, dass mehrere Weingärtner*innen im Anschluss motiviert waren, sich im Verein und für den Stadtteil zu engagieren, um ihre Perspektive auf ihren Stadtteil mitzugestalten und zu vertreten.

Die Begleitung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind dabei nicht nur in der Satzung des Vereins beschrieben, sondern aus unserer Sicht gelebter Alltag: Beteiligungsprozesse anzustoßen und zu begleiten sind die Hauptaufgabenbereiche von uns Sozialarbeitenden. Zudem treffen sich etablierte Gremien regelmäßig in den Räumlichkeiten und werden je nach Bedarfen unterstützt. Ein Beispiel stellt das seit vielen Jahren bestehende, stadtteilweite, gewählte Gremium von Bewohnenden der Freiburger Wohnungsbaugesellschaft dar. Dieses trägt die Anliegen der Nachbar*innen zusammen, erörtert diese im Rahmen der Gremienarbeit und gibt so gewonnene Erkenntnisse an die Verwaltungsebene weiter. Die zuvor dargestellte Mieter*innenmitbestimmung steht dabei exemplarisch für das außerordentliche Engagement der ehrenamtlich Tätigen sowie für eine konstruktive Kooperation mit den Fachkräften. Ohne dieses Zusammenspiel hätte das Projekt nicht bei der Wohnungsbaugesellschaft verankert werden können – und es bleibt bislang das einzige seiner Art in der Stadt.

Der Stadtteil als politisch umkämpfter Ort während der Bundestagswahl 2025

Das Miteinander im Forum Weingarten ist geprägt durch eine enge Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlich Engagierten und professionellen Fachkräften. Für uns ist dabei gegenseitige Wertschätzung die Grundlage unseres Handelns. Gleichzeitig führt die Zusammenarbeit von Menschen mit ihren verschiedenen Haltungen immer wieder zu Situationen, in denen unterschiedliche politische Perspektiven und Meinungsverschiedenheiten ausgehandelt werden müssen – unter den Ehrenamtlichen, zwischen Ehrenamtlichen und Fachkräften, aber auch unter uns Fachkräften selbst. Es ist unausweichlich, dass diese Diskussionen z. T. emotional geführt werden. Als hilfreich gegen das Verhärten von Fronten durch solche Reibungen erleben wir unsere Gremienstruktur. Durch diese treffen alle Beteiligten auch nach Meinungsdisputen immer wieder z. B. im Rahmen eines thematischen Arbeitskreises aufeinander und stehen vor der Aufgabe, sich für ein gemeinsames Anliegen einzusetzen. Dies ermöglicht es wiederkehrend, sich nicht (nur) auf die Unterschiede zu konzentrieren, sondern sich ebenso der Gemeinsamkeiten bewusst zu werden und sich die darin liegende Stärke zu vergegenwärtigen. Der große gemeinsame Nenner als besonders stärkendes und verbindendes Element liegt dabei in dem Wunsch, kollektive Interessen des Stadtteils Weingarten zu vertreten.

Dass es (bisher) immer wieder gelingt, zu den Gemeinsamkeiten zurückzukehren und nicht bei einer Betonung der Unterschiede stehen zu bleiben, ist keine Selbstverständlichkeit und eine fragile Gewissheit. Seit der Bundestagswahl 2025 beobachten und merken wir in der alltäglichen Arbeit, dass stärker (und offener) Position bezogen wird, als dies vorher der Fall war. Dies hat unseres Erachtens auch mit der stärkeren parteipolitischen Präsenz besonders von den zwei Parteien Die Linke und der AfD zu tun:

Zur Einordnung der politischen Situation: Von den rund 11.800 Einwohner*innen des Stadtteils wären aufgrund ihrer Volljährigkeit rund 9280 Menschen wahlberechtigt gewesen. Von diesen jedoch verfügt circa ein Drittel nicht über die deut-

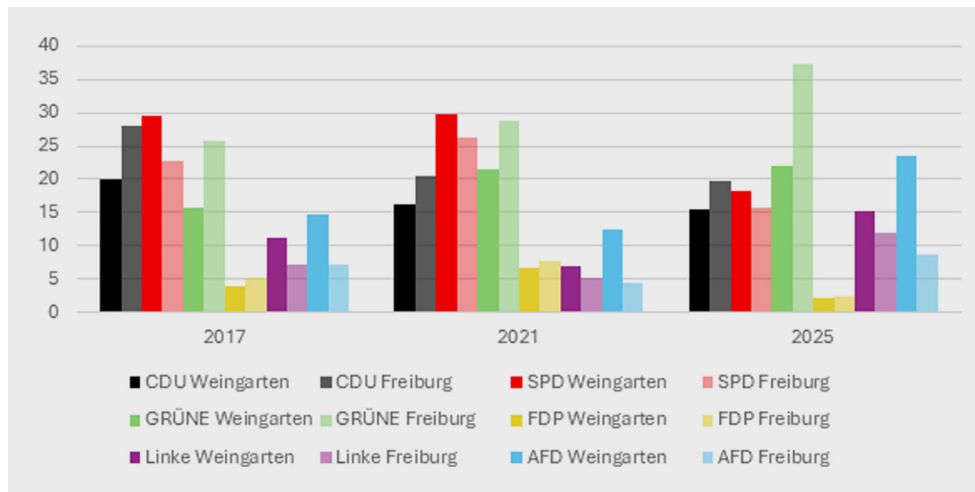


Abb. 2 Wahlergebnisse Erststimmen Bundestagswahlen Freiburg und Freiburg-Weingarten im Vergleich. (Eigene Darstellung)

sche Staatsbürgerschaft, weshalb sie aus diesem Grund von der Wahl ausgeschlossen waren. Von den 6300 Wahlberechtigten wiederum nutzen 70,7 % ihre Stimme, was dem Höchststand der Wahlbeteiligung im Quartier innerhalb der letzten 10 Jahre entspricht (Stadt Freiburg o.J.). Die Wahlbeteiligung im Stadtteil ist im Vergleich zur durchschnittlichen Wahlbeteiligung der Stadt Freiburg (87 %) ca. 15 % niedriger. Die Analyse der Stimmentwicklung zwischen den Bundestagswahlen 2017, 2021 und 2025 im Stadtteil zeigt zunächst, dass die Grünen und die CDU zwischen 2021 und 2025 über eine recht stabile Wählerschaft im Quartier verfügten und wenig Gewinne oder Verluste zu verzeichnen hatten. Im Unterschied hierzu zeigte sich hingegen ein großer Wandel bei der SPD, welche bis 2021 die stärkste Kraft im Stadtteil war und 2025 rund 11 % an Stimmen verlor. Deutliche Zugewinne konnten sowohl Die Linke verzeichnen, als auch die AfD, die mit 23,5 % der Erststimmen im Jahr 2025 zur stärksten Kraft im Stadtteil Freiburg-Weingarten wurde (siehe **Abb. 2**).

Bereits in den Wochen vor der Wahl 2025 konnten wir beobachten, dass die beiden „Gewinnerparteien“ AfD und Die Linke besonders ambitioniert im quartiersspezifischen Wahlkampf agierten. Dies wurde bereits bei den Wahlpostern ersichtlich: So begann Die Linke früh mit der Plakatierung, die AfD platzierte sowohl ein überdimensional großes Plakat mit Alice Weidel-Motiv im Stadtteil als auch im stadtweiten Vergleich zahlenmäßig viel Plakatwerbung im Quartier. Dass die politischen Positionen im Stadtteil sehr heterogen sind, zeigte sich auch daran, dass wir bei allen Plakaten Überstreichungen und Beschädigungen von Wahlwerbung beobachten konnten, insbesondere jedoch bei den Plakaten der AfD.

Sowohl bei der AfD, als auch bei der Partei Die Linke war auffällig, dass sie beide versuchten, einen niederschweligen Kontakt zu Bewohner*innen herzustellen. So startete Die Linke eine groß angelegte Haustürgesprächs-Kampagne und nutzte den Stadtteil Weingarten als Kulisse für Social-Media-Beiträge. Die AfD war regelmäßig am Wochenende mit einem Infostand im zentral gelegenen Einkaufszentrum vertreten. Nennenswert ist, dass beide Parteien auch nach der Bundestagswahl im Stadtteil Aktionen fortsetzen – die Linke mit der Fortführung der Haustürgespräche und einem Sommerfest im Park, die AfD durch die Aufrechterhaltung der Infostände. Dies lässt erah-

nen, dass beide Parteien die Präsenz im Quartier als langfristige Strategie zu etablieren versuchen.

Da Wahlkampf voranging am Wochenende und damit außerhalb unserer Arbeitszeiten stattfand, waren wir bezüglich der Einschätzung der Reaktionen auf diese parteipolitischen Aktionen auf die Erzählung der Besucher*innen des Stadtteilbüros angewiesen. In vielen Gesprächen wurde die niederschwellige, bürgerinnennahe Ansprache sowohl von der Linken als auch von der AfD gelobt. Gleichzeitig beschrieben einige Besucher*innen ihre Empörung darüber, dass die AfD in ihrem Quartier, das von Diversität geprägt ist, auf Stimmenfang geht – und damit auch noch bei vielen Menschen Erfolg hat. Andere äußerten wiederum positiv, dass die AfD die Probleme der Menschen „wirklich anspreche“ und anpacke. Auch bei der Linken gab es geteilte Meinungen – während einige die persönlichen Interaktionen an den Haustüren und den Einsatz für benachteiligte Menschen lobten, hielten andere die meist jungen Parteimitglieder, die diese Aktion durchführten, für „realitätsferne Spinner“.

Neben diesen beiden Parteien zeigten die beiden zivilgesellschaftlichen Gruppierungen „Omas gegen Rechts“ sowie „Studis gegen Rechts“ in den Wochen vor der Bundestagswahl enormes Engagement im Stadtteil. Die beiden parteiunspezifischen Organisationen mit dem Ziel, dem Rechtsruck entgegenzuwirken, setzen auf Haustür- und Parkbank-Gespräche, um einerseits den Menschen ein offenes Ohr zu bieten, um über die eigenen Probleme zu sprechen. Andererseits verfolgten sie mit der Aufklärung über die Konsequenzen rechter Politik auf die eigene Lebensrealität das Ziel, einem reaktiven Wählen extremistischer Parteien entgegenzuwirken.

Herausforderung eigener Formate bei der Bundestagswahl: AfD ja oder nein?

Zusammen mit anderen sozialen Einrichtungen des Quartiers organisieren wir gezielte Formate, die auf politischen Diskurs abzielen. Kernstück der Bemühungen ist seit 1992 das Wahlhilfe-Format „heiße Kautsch“, Es findet jeweils zu Bundes-, Landtags- und Bürgermeister*innenwahlen statt. In diesem Format werden die Kandidierenden der verschiedenen Parteien in ein Begegnungszentrum eingeladen, um sich stadtteil-spezifischen Fragen zu stellen. Die Politiker*innen erhalten damit die

Chance, sich selbst als Mensch sowie das Wahlprogramm ihrer Partei vorzustellen. Auf diese Weise versuchen wir als Organisator*innen einerseits, den Diskurs über Wahlen und Politik im Stadtteil anzuregen, der Entfremdung von der Politik entgegenzuwirken und Lust auf „Mitmachen an der Demokratie“ zu fördern. Andererseits ist es eine wichtige Methode, um umgekehrt den Politiker*innen die Lebenslagen, Ideen und Wünsche von Menschen im Stadtteil Weingarten bewusster zu machen, die häufig unter sozial benachteiligten Lebensbedingungen leben. Denn aktuellere Studien zeigen, dass insbesondere Perspektiven von armutsbetroffenen und/oder migrantischen Bürger*innen von den Politiker*innen kaum gehört werden (Elsässer et al. 2018, S. 11 ff.).

Während das Format im Stadtteil bekannt ist und über eine „Stamm-Besucherschaft“ von rund 130 Menschen verfügt, die die Möglichkeit zum direkten Kontakt mit den Kandidierenden schätzen, steht die Veranstaltung auch immer wieder vor Herausforderungen. Dazu zählt zum einen die Ansprache neuer Zielgruppen, etwa jüngere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Unentschlossenen und Nicht-Wähler*innen. Zum anderen wirft die veränderte politische Landschaft, insbesondere der Rechtsruck, für uns Organisator*innen Fragen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien auf.

Wir befinden uns dabei in einem Zwiespalt, der sich aus vielschichtigen Ambivalenzen von persönlichen, professionellen und rechtlichen Abwägungen ergibt:

So haben wir uns bei den vergangenen Wahlen und damit auch bei der Bundestagswahl 2025 – trotz des politisch stark umkämpften Quartiers – dazu entschieden, die AfD nicht einzuladen, um als soziale Einrichtungen Haltung zu zeigen. Letzteres basiert auf der Erkenntnis, dass bereits in den 1970er-Jahren 13 % Prozent der Bundesbürger*innen anhand ihrer Einstellungen als politisch stark rechts zugeordnet werden konnten (Flaig und Uelzhöffer 1981, S. 8). Die Entwicklung, dass heute rund 20 % mit der AfD eine rechtsextreme Partei wählen, führen Forscher*innen zwar nicht ausschließlich, aber auch darauf zurück, dass durch deren vermehrte Einladung dieser in Talkshows und ähnliche Formate populistische Meinungen wieder salonfähig gemacht wurden (Meyer 2024, S. 4). Aus diesem Grund beschlossen wir Organisator*innen in den letzten Jahren, der Partei keine Bühne bieten zu wollen. Auch besteht bei uns Organisator*innen die Sorge, dass Kandidierende der AfD ihr in vielen Punkten klassistisches und rassistisches Parteiprogramm in einem Stadtteil, in dem etliche von Armut betroffene Personen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte leben, nicht realitätsgetreu darstellen werden. In dem begrenzten Rahmen, den wir bieten können, ist es nur schwer möglich, Desinformationen aufzudecken oder durch Moderation mögliche Diffamierungen der Besuchenden aufzufangen, was als weiterer Grund für die Nicht-Einladung der Partei sprach.

Doch nach Jahren des Ausschlusses der AfD von der Veranstaltung und der gleichzeitigen Verbreitung von Zustimmung zur AfD im Stadtteil treten die Nachteile jener Strategie ins Zentrum der Überlegungen: So nimmt der Ausschluss der Partei die Möglichkeit, dass durch den direkten Kontakt mit Kandidierenden Wähler*innen bewusst wird, ob das Wahlprogramm ihren Interessen entspricht. Zudem kann die Nicht-Einladung als Ignoranz gegenüber den politischen Interessen vieler Einwohner*innen wahrgenommen werden.

Diese Unsicherheit wird zusätzlich durch politische Entwicklungen auf Bundesebene verstärkt. Nach der Aberkennung der Gemeinnützigkeit politisch aktiver Organisationen und der Kleinen Anfrage der CDU im Bundestag im Februar 2025, die die Finanzierung zahlreicher gemeinnütziger Träger infrage stellte, wächst auch bei uns die Sorge, dass öffentlich Haltung zu zeigen unsere Finanzierung gefährden könnte. Auf diese Weise werden die ohnehin ambivalenten Abwägungen bezüglich des Umgangs mit der AfD durch Befürchtungen von rechtlichen Konsequenzen im Falle der Nicht-Einladung der Partei erschwert.

Daher wurde im letzten Jahr erstmals versucht, mit einer weiteren Veranstaltung Menschen anzusprechen, die sich für die Positionen der AfD interessieren. Aufgrund der oben genannten Befürchtungen bei einer direkten Einladung von AfD-Mitgliedern wichen wir auf Menschen aus, die sich beruflich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit an Freiburger Hochschulen mit der Partei auseinandersetzen. Die drei Wissenschaftler*innen stellten am Veranstaltungsabend in kurzen Inputs die Positionen der Partei zu den Schwerpunktthemen Sozialpolitik, Mietenpolitik und Umwelt dar und standen für Fragen zur Verfügung. Die Veranstaltung war gut besucht, wir hatten jedoch auch den Eindruck, dass vorrangig Menschen kamen, die sich zwar für die AfD als Phänomen interessieren, für die diese Partei aber keine Wahloption darstellt. Daher ist es unser Ziel, jenes Format weiterzuentwickeln und niederschwelliger zu gestalten, um eine breitere Zielgruppe und auch Sympathisant*innen der AfD zu erreichen.

Für uns zeigt sich: Eine klare, langfristige Linie im Sinne eines Veranstaltungskonzeptes, das zu jeder Wahl recht einfach wiederholbar ist, lässt sich kaum festlegen. So ist es unser Anspruch, dass das Angebot entlang verschiedener Faktoren abgestimmt ist, die sich jedoch in stetigen Veränderungsprozessen befinden: Dazu zählt einerseits die politische Landschaft und die politischen Interessen der Bewohner*innen im Quartier. Andererseits muss das Format zu den Haltungen und Möglichkeiten der Organisator*innen passen, welche durch Personalwechsel in den beteiligten Einrichtungen im Wandel sind. Zudem ändert sich auch der fachliche Diskurs darüber, was der richtige Umgang mit rechten Parteien ist und fließt mit in die Ausgestaltung ein. Wir sind also gefordert, immer wieder die Risiken und Potentiale der verschiedenen Möglichkeiten abzuwägen, durch Austausch den gemeinsamen Nenner zwischen den Haltungen der beteiligten Organisator*innen herauszufiltern, aus Erfahrungen zu lernen und stets bereit zu bleiben, Neues auszuprobieren. So überlegen wir aktuell, zur kommenden Landtagswahl im Frühjahr 2026 u. a., einen Live-Faktencheck und ein noch partizipativeres Format auf die Beine zu stellen.

Nachwirkungen politischer Polarisierungen

Nicht nur zu den Zeiten des Wahlkampfes, sondern anhaltend bis heute merken wir in unserer alltäglichen Arbeit, dass die Anspannung im Stadtteil zu politischen Themen zunimmt. Bestimmte Themen wie z. B. das Bürgergeld oder die Aufnahme von Geflüchteten polarisieren stark und führen immer wieder zu Konstruktionen von Wir/Die Anderen, Innen/Außen oder Oben/Unten (vgl. Mau et al. 2023). In unseren Gesprächen mit Bewohner*innen hören wir immer offenere Äußerungen

stereotyper und ausländerfeindlichen Ansichten, O-Töne zum Beispiel über „Migranten, die kriminell sind“ oder „wenn die sich zu fein sind, zu arbeiten (...) Ich bin krank, ich kann ja leider nicht mehr, aber die, die wolln ja nicht mal!“. Zugleich artikulieren im Verein Engagierte uns gegenüber Empörung und Ratlosigkeit über solche Haltungen. Darüber hinaus können wir beobachten, dass der Versuch einer demokratischen Politisierung im Kontakt mit anderen stärker sichtbar wird, in Gesprächen und in Social Media zum Thema wird.

Zur Notwendigkeit und dem Dilemma der Offenheit

Auch wir verfolgen das Ziel, mit unserer Arbeit Demokratie zu fördern und stellen demokratische Prinzipien in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir machen das v.a. über die Stärkung von Strukturen, die Menschen in ihrer Wirkmächtigkeit bestärken und somit eigenes Engagement fördern, etwa durch Beteiligungs- und Mitbestimmungsformate. Wir beziehen uns auf ein demokratisches Werteverständnis, welches sich an den Menschenrechten orientiert. Um diesem gerecht zu werden, versuchen wir ein Ort zu sein, an dem Menschen unabhängig ihrer politischen Einstellung willkommen sind und sich mit ihren Fähigkeiten und ihren alltäglichen Herausforderungen wahrgenommen fühlen – hier kommt Beziehungsarbeit und Vertrauen eine zentrale Bedeutung zu. Wir versuchen in und durch unsere Arbeit ein Umfeld zu schaffen, in dem Fähigkeiten und alltägliche Herausforderungen wahrgenommen werden und der Dialog möglich ist. Menschen sind eingeladen, ihre Perspektiven zu teilen und zugleich gefordert, den demokratischen Rahmen zu respektieren. Wir erleben jedoch auch, dass Menschen ihre Haltung nicht immer offen äußern, wenn sie das Gefühl haben, dadurch von bestimmten Angeboten ausgeschlossen zu werden. Um Veränderungen im Denken anzustoßen, ist es daher unseres Erachtens notwendig, auf diese Menschen zuzugehen und Beziehungen situationsgerecht zu gestalten. In unserer Arbeit entstehen Begegnungen oft spontan und wir sind herausgefordert, flexibel auf das zu reagieren, was dann in diesen passiert.

Eine dieser spontanen Situationen ergab sich in Anschluss an eine Moderationstätigkeit von uns im Rahmen des Projekts der Mieter*innenmitbestimmung, welches im Laufe der Jahre in Kooperation mit der Freiburger Wohnungsbaugesellschaft entstand. In der Mieter*innenmitbestimmung wählt die Freiburger Stadtbau drei Interessent*innen für eine freie Wohnung aus und lädt diese zu einem Treffen mit den potenziellen Nachbar*innen ein. Bei diesem Treffen stellen sich alle Beteiligten vor und tauschen sich darüber aus, was ihnen für ein gelingendes Zusammenleben wichtig ist. Die Bewohnenden stimmen dann – ähnlich einem WG-Casting – ab, welche der Parteien am besten zur bestehenden Gemeinschaft passt. Das Forum Weingarten e.V. übernimmt in diesem Prozess die Moderation. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf dem Einhalten des AGGs beim Entscheidungsprozess und findet in der Konzeption des Mietermitbestimmungsverfahrens der Freiburger Stadtbau von 2011 Erwähnung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung gesetzlicher Bestimmungen.

Nachdem die Anwesenden im betreffenden Auswahlverfahren ihre Entscheidung getroffen hatten, äußerte eine Person uns gegenüber den folgenden Wunsch (Gedächtnisprotokoll):

„Können Sie der [Wohnungsbaugesellschaft] bitte mitteilen, sie sollen auch mehr deutsche Menschen für Wohnungen in diesem Haus vorschlagen. Oder zumindest Menschen die Deutsch sprechen können. Vor dreißig Jahren war der Anteil an Deutschen höher und besser.“

Die Forderung nach mehr „Deutschen“ – was auch immer damit konkret im Einzelfall gemeint ist – begegnete uns hier nicht zum ersten Mal. Wir hören in unserer Arbeit des Öfteren davon. Sowohl von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.

An diesem doch sehr alltäglichen Praxisbeispiel lassen sich unterschiedliche Aspekte herausarbeiten, die für uns als Sozialarbeitende und unsere Arbeit relevant sind:

Wir befinden uns in einem Dilemma: Einerseits arbeiten wir darauf hin, dass Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können und sie in der potenziellen Ohnmacht, ihre Bedürfnisse nicht selbst befriedigen zu können, sondern beispielsweise vom Handeln von Institutionen und Organisationen abhängig zu sein, ernst zu nehmen. Andererseits sehen wir es als unsere Aufgabe an, Menschen Schutz vor rassifizierenden diskriminierenden Aussagen und Handlungen zu bieten und diesen entschieden entgegen zu treten.

Dies thematisiert einen für unsere Arbeit äußerst sensiblen Punkt: So wollen wir mit der Quartiersarbeit einerseits auch Menschen erreichen, die rechten Denkstrukturen nahe sind und für die es eine Option darstellt, Parteien zu wählen, die demokratischen Strukturen gegenüber feindlich eingestellt sind. Mit Erreichen meinen wir die Anregung eines Differenzierungsprozesses und Erweiterungsprozesses ideologischer Perspektiven. Andererseits wollen wir einen Schutzraum vor Diskriminierung bieten. Beides benötigt in gewisser Weise eine Vertrauensbasis und widerspricht sich in vielerlei Hinsicht. Das Dilemma taucht im erwähnten Beispiel im Kontext der Mieter*innen-Mitbestimmung auf. Aber auch in fast unsichtbaren Alltagssituation, beispielsweise wenn eine Seniorin, die dringend auf die Toilette muss, beim Verlassen des Stadtteilbüros einer ehrenamtlichen Muslima leise einen diskriminierenden Kommentar bezüglich Ihres Kopftuches zuwirft.

Sich einmischen und homogenisierenden Sichtweisen entgegenwirken

Wir versuchen in solchen und ähnlich gelagerten Situationen zunächst, auf die Bedürfnisse einzugehen, die hinter bestimmten Aussagen stehen können. Oft spiegeln sich darin Gefühle von Unsicherheit, Überforderung oder dem Wunsch nach Orientierung wider. Indem wir diese Bedürfnisse ernst nehmen, ohne die diskriminierende Haltung zu bestätigen, können Gesprächs- und Beziehungsräume offenbleiben. Ein Beispiel: Die Menschen beobachten seit Jahren eine zunehmende Verschlechterung der Sauberkeit in ihrem Stadtteil. Als Problem werden häufig die Menschen im Stadtteil bzw. bestimmte homogenisierte Gruppen dargestellt. Als Teil unserer Arbeit verstehen wir es daher, weitere Perspektiven in den Diskurs einzubringen. Wie zum Beispiel die Problematik, dass durch die Wohnungsbaugesellschaften Hausmeister*innen abgeschafft wurden oder es im Anbetracht der hohen Einwohnerdichte faktisch zu wenige Abholtermine für Sperrmüll gibt. Durch diese Intervention knüpfen wir an das tatsächliche Erleben der Menschen an und stellen der diskriminierenden Hal-

tung alternative Erklärungen gegenüber, welche im Stadtteil von einem breiten Konsens getragen werden.

Wir sind uns darüber bewusst, dass es uns nicht in jeder spontanen Situation gelingt, so zu reagieren, wie wir es uns im Nachhinein wünschen würden und wie es unser Anspruch ist. Dies gehört für uns zu unserer Arbeitsrealität dazu. In diesen Fällen betrachten wir eine Begegnung nicht als abgeschlossen. Vielmehr reflektieren wir mit dieser Begegnung erneut, tauschen uns im Team aus und entwickeln neue Handlungsmöglichkeiten. Dieser kollegiale Austausch ist für uns ein wichtiger Bestandteil professioneller Praxis. Er ermöglicht es uns, Ambivalenzen auszuhalten, unsere Haltung zu schärfen und im Dialog zu bleiben – mit den Menschen im Stadtteil ebenso wie miteinander.

Zudem hilfreich für unsere Arbeit ist die von uns vertretene Grundhaltung, dass Rassismus ein strukturelles, in die Gesellschaft, ihre Institutionen und Machtverhältnisse eingebettetes Phänomen ist und deuten es nicht allein als individuelle Haltung und oder individuelles Fehlverhalten. Dieses Verständnis hilft uns, sensibel für gesellschaftliche Zusammenhänge zu bleiben und gleichzeitig Verantwortung in der eigenen beruflichen Rolle zu übernehmen. Um am Beispiel Sauberkeit, Vermüllung und der beschriebenen Rattenproblematik in Weingarten zu bleiben: In Reaktion auf diese Problematiken haben wir uns gemeinsam mit aktiven Menschen aus Weingarten dafür eingesetzt, dass sich alle Stakeholder zu einem Runden Tisch treffen. Der Runde Tisch wird inzwischen von einer Person aus der Stadtverwaltung moderiert. Beteiligt sind die großen Wohnungsbaugesellschaften, die Abfallwirtschaft, der lokale Wasserversorger, die Stadtverwaltung, Bewohnende aus dem Stadtteil, der Bürgerverein Weingarten, sowie die Quartiersarbeit. Auch in dieser Runde passiert es immer wieder, dass die mit diesen Problematiken einhergehenden Herausforderungen individualisiert oder einzelnen, vermeintlichen „Gruppen“ zugeschrieben werden. Auch in diesen Fällen intervenieren wir als am Runden Tisch Beteiligte und weisen diese Zuschreibungen mit Verweis auf faktische strukturelle Fehlentwicklungen zurück.

Es wird deutlich, dass wir in den verschiedenen Settings unserer Arbeit versuchen dazu beizutragen, binäres Denken (z.B. Wir/Die Anderen) zu hinterfragen und aufzubrechen, um erlernte Vorurteile sichtbar und bearbeitbar zu machen. Dabei rücken wir die Menschenrechte ins Zentrum unseres Handelns. Für uns bedeutet das zum Beispiel: Alle Menschen haben, unabhängig von Herkunft oder Sprache, ein Recht auf Wohnraum. In Gesprächen, in denen wie oben beschrieben der Wunsch nach mehr „Deutschen“ bzw. Menschen, die deutsch sprechen an uns getragen werden, versuchen wir u.a. durch das Stellen von Fragen über dieses Grundrecht ein Nachdenken anzuregen und bei unserem Gegenüber neue Perspektiven zu eröffnen. Zum Beispiel durch Nachfragen wie: „Wo soll denn jemand wohnen, der kein Deutsch spricht? Hat nicht jeder Mensch ein Recht auf Wohnraum?“

Zugleich beobachten wir, dass Menschen in Weingarten im Vergleich zu vielen anderen Freiburger Stadtteilen in benachteiligender Weise in ihrem Alltag von kommunalpolitischen Entscheidungen betroffen sind – etwa durch Nachverdichtung, das vermehrte einquartieren von eingewanderten Menschen oder veränderte Nutzungen im Stadtteil. Daraus ergibt sich für uns, dass Quartiersarbeit auch politische Handlungsstrategien ver-

folgen muss. Sie soll dazu beitragen, soziale Spannungen zu verstehen, Beteiligung zu ermöglichen und solidarisches Handeln zu fördern, um letztendlich strukturelle Veränderungen anzuregen. Hier begreifen wir unsere Arbeit als Lobbyarbeit für den Stadtteil. In unterschiedlichen Gremien versuchen wir die Interessen und Perspektiven der Menschen in Weingarten zu vertreten. In vielen Fällen ermutigen wir die Menschen im Stadtteil selbst Runde Tische, Gremien und Veranstaltungen zu besuchen. Hierdurch sind unsere ehrenamtlichen Mitarbeitenden teilweise ähnlich gut oder besser vernetzt als wir. Als konkretes Beispiel für den Einfluss auf kommunalpolitische Entscheidungen kann der Widerstand im Jahr 2021 gegen die geplante Privatisierung von 120 Wohnungen in der Sulzbürger Str. 15–19 angeführt werden. Gemeinsam mit weiteren Akteuren wie z.B. dem Freiburger Mietenbündnis haben wir Menschen in Weingarten über das Vorhaben und ihre Folgen informiert. Daraufhin haben sich Menschen mobilisiert und ihren Protest mit Erfolg zum Ausdruck gebracht.

Ausblick

Die Praxisbeispiele und unsere damit verbundenen Reflexionen zeigen, wie vielschichtig und zugleich herausfordernd unsere Arbeit im Quartier in Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist.

Oft spiegeln sich in kleinen Alltagsinteraktionen größere gesellschaftliche Dynamiken wider: So werden etwa Mieter*innenversammlungen zunehmend emotional aufgeladen, und immer häufiger äußern sich Wünsche nach „Nachbar*innen ohne Migrationshintergrund“. Diese Entwicklungen verweisen auf den angespannten Wohnungsmarkt ebenso wie auf die Übernahme von Konstruktionen des „Wir“ und „Die Anderen“, wie sie in Medien und Wahlkampf fortwährend reproduziert werden. Solche Beobachtungen können mitunter frustrierend sein, da wir auf diese übergeordneten gesellschaftlichen Prozesse im Rahmen unserer Arbeit nur begrenzt Einfluss nehmen können.

Gleichzeitig erleben wir immer wieder hoffnungsstiftende Momente, etwa dann, wenn durch gegenseitiges Zuhören und echtes Interesse an den Beweggründen der anderen ein Dialog entsteht, der beidseitig zu mehr Verständnis führt – und nicht selten auch zur Reflexion der eigenen Haltung und zur Aufweichung verhärteter Fronten.

Neben solchen spontanen Begegnungen wird es in den kommenden Jahren entscheidend sein, vertrauensvolle und zugleich innovative Formate zu entwickeln, die Austausch und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Positionen ermöglichen – ohne diskriminierende Haltungen zu normalisieren. Gelingt uns das, können Formate wie die *heiße Kautschik* einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass das Quartier auch künftig ein vielfältiger und inklusiver Ort bleibt.

Quartiersarbeit im Rechtsruck bedeutet für uns, immer wieder neu den Mut zum Dialog zu finden – und darin die Demokratie im Alltag lebendig zu halten.

Literatur

Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2018). *Government of the people, by the elite, for the rich: Unequal responsiveness in an unlikely case*. MPIfG Discussion Paper, No. 18/5.

- Cologne: Max Planck Institute for the Study of Societies. <https://hdl.handle.net/21.1116/0000-0001-759D-BSINUS-Institut>. 1981
- Flaig, B. B., & Uelzhöffer, J. (1981). 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek: Rowohlt.
- Häußermann, H. (2003). Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. *Informationen zur Raumentwicklung*, 3/4, 147–158.
- Maher, H. (2023). Neoliberal fascism? Fascist trends in early neoliberal thought and echoes in the present. *Contemporary Political Theory*, 23, 116–137.
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Meyer, M. (2024). Rechtsextreme Diskursstrategien. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/551839/rechtsextreme-diskursstrategien/>. Zugriffen: 29. Aug. 2025.
- Palley, T. (2024). Neoliberalism and the drift to proto-fascism: political and economic causes of the crisis of liberal democracy. *Journal of Economic Issues*, 58(3), 732–755.
- Schäfer, A. (2015). Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. *Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung*, Köln, No. 81. <https://hdl.handle.net/11858/00-001M-0000-0024-6463-7>
- Schäfer, A., & Roßteutscher, S. (2015). Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl. In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung* (S. 90–118). Wiesbaden: Springer.
- Stadt Freiburg (2023). Freiburg-Weingarten Wohnen für alle. Nachhaltiger und zukunftsweisender Umgang mit einer Großwohnsiedlung. Broschüre www.freiburg.de/weingarten, Zugriffen: 12. Dezember 2025.
- Stadt Freiburg (2025c). Armutsgefährdungsquote nach Stadtteilen 2025. https://fritz.freiburg.de:8443/duva2dcat/dataset/de-bw-freiburg-armutsgefaehrungsquote_nach_stadtteilen.html. Zugriffen: 12. Dez. 2025.
- Stadt Freiburg (2025a). Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Stadtbezirken seit 2006 in Freiburg. https://fritz.freiburg.de/asw/asw.dll?aw=Sozialbericht_2020/G_02_MH_bez3_tab. Zugriffen: 12. Dez. 2025.
- Stadt Freiburg (2025b). Anteil Haushalte nach Kinderanzahl und Stadtbezirken seit 2005 in Freiburg. https://fritz.freiburg.de/asw/asw.dll?aw=Sozialbericht_2020/C_02_HHKinder_bez3_tab. Zugriffen: 12. Dez. 2025.
- Stadt Freiburg Statistik & Wahlen. <https://www.freiburg.de/pb/Lde/207888.html>. Zugriffen: 19. Nov. 2025.

Korrespondenzadresse

Moscheh Bökle
Forum Weingarten e. V.
Freiburg, Deutschland
info@forum-weingarten.de

Hinweis des Verlags. Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Springer Nature oder sein Lizenzgeber (z.B. eine Gesellschaft oder ein*e andere*r Vertragspartner*in) hält die ausschließlichen Nutzungsrechte an diesem Artikel kraft eines Verlagsvertrags mit dem/den Autor*in(nen) oder anderen Rechteinhaber*in(nen); die Selbstarchivierung der akzeptierten Manuskriptversion dieses Artikels durch Autor*in(nen) unterliegt ausschließlich den Bedingungen dieses Verlagsvertrags und dem geltenden Recht.